

Nachrichten



Neue Regelung für den Öko-Ausgleich

Politiker wollen Ersatzgeld statt Ausgleichsflächen

BUXTEHUDE. Im Landkreis Stade werden in den nächsten Jahren rund 800 Hektar für neue Autobahnen (A 26 und A 22), Ortsumgehungen, weitere Gewerbeflächen sowie die Erweiterung des Hafens in Bützfleth benötigt. Nach dem geltenden Naturschutzrecht müsste die Kompensation für den Naturschutz in Form von Ausgleichsflächen erfolgen - der Bedarf wird auf mehr als 2000 Hektar geschätzt.

Das geht letztlich auf Kosten der Landwirtschaft, die die Flächen braucht. Deshalb machen sich die CDU-Landtagsabgeordneten Helmut Dammann-Tamke und Kai Seefried für eine Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes stark. Sie wollen, dass beim Ausgleich von Eingriffen in die Natur das so genannte Ersatzgeld dem Flächenausgleich gleichgestellt wird. Hier wird die Kompensation finanziell bewertet und ausgeglichen. Das Geld fließen in einen Fonds, aus dem Naturschutzprojekte finanziert werden.

Allein für die Bundesstraße "B 3neu" und den dritten Bauabschnitt der A 26 werden innerhalb des EU-Vogelschutzgebietes "Moore bei Buxtehude" rund 100 Hektar für die Ausgleichsmaßnahmen benötigt, weitere 200 Hektar für einen neuen Wachtelkönig- und Wiesenvogellebensraum im Gauensieker Sand bei Drochtersen.

Diese Flächen würden letztlich der Landwirtschaft entzogen, wie der Kreisbauernverband bei den letzten Erörterungen beklagte. "Die Landwirtschaft steht damit an letzter Stelle, wenn es zur Umsetzung der Bauvorhaben kommt", sagt der Landtags- und Kreistagsabgeordnete Helmut Dammann-Tamke. "Es muss endlich allen klar sein, dass Naturschutz nur mit der Landwirtschaft funktioniert - und nicht gegen sie. Es ärgert mich, dass hier oft ein Gegensatz aufgebaut wird", sagt Seefried. Ziel müsse es sein, dass Landwirte nicht doppelt, sprich durch direkten Flächenbedarf und die Kompensation bestraft werden.

Im Landtag haben CDU/FDP jetzt einen Antrag gestellt, der im Umweltausschuss noch beraten werden muss. Ziel: Das Land soll sich bei der Bundesregierung für eine Änderung stark machen. Im Kreishaus wird der Vorstoß unterstützt. Erst kürzlich hatte Landrat Michael Roesberg bedauert, dass es in Niedersachsen noch keine Möglichkeiten gibt, zwischen Ausgleichszahlungen und der Schaffung von Ausgleichsflächen zu wählen. Angesichts großer Projekte wie dem Autobahnbau und der geplanten Elbvertiefung fürchtet Roesberg einen Verlust von Flächen, die die Landwirtschaft heutzutage dringend benötigt. Ausgleichszahlungen könnten für Naturschutzprojekte sinnvoll eingesetzt werden. Der Landkreis hat einen "Naturschutzfonds" eingerichtet, der bislang nur im Ausnahmefall zum Tragen kommen könne. (bv)

01.05.2010

 **Artikel drucken****Fenster schließen**

© Zeitungsverlag Krause GmbH & Co. KG